

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen
Band: 146 (1968)
Artikel: Die Entwicklung des Äusseren St. Johann-Quartiers
Kapitel: Die staatlichen Betriebe ausserhalb der Stadtmauer
Autor: Vögelin, Hans Adolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006911>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

trischen Lichtes; das Gaslicht durfte damals wegen Kohlenmangels nicht benützt werden. 1926 übergab die Kunstkreditkommission der Schule den «Kleinen Nazi»-Brunnen, ein Werk von Karl Wilde. 1927 wurde die Turnhalle gemäß den Wünschen der Turnvereine verbreitert und erhöht. Am 10. Februar 1930 mußte eine Schar Halbwüchsiger polizeilich entfernt werden; diese Burschen hatten versucht, die Schüler wegen eines erlassenen Fußballspielverbotes zu einem Krawall aufzureizen, und sich geweigert, das Schulhaus freiwillig zu verlassen.

Große Umbau- und Erneuerungsarbeiten erstreckten sich über die Jahre 1957—64. Das Abwartshaus und die Turnhalle der St. Johansschule wurden abgerissen und durch geräumigere Neubauten ersetzt, die auch Zimmer für ein Primarschulrektorat enthalten. Weiter erneuerte man die Baracke im Hof, die zuletzt von der Gewerbeschule benützt worden war. Die Hofmauer zwischen den beiden Schulhöfen fiel zugunsten einer gefälligeren Abgrenzung. Schließlich erfolgte die Außenrenovation des Pestalozzischulhauses.

Für die *Kindergärten*, die erst 1895 verstaatlicht worden waren, pflegte das Erziehungsdepartement Räumlichkeiten in Privathäusern zu mieten. Nach dem Ersten Weltkrieg stieß es jedoch auf immer größere Schwierigkeiten, so daß es sich entschloß, eigene Gebäude zu erstellen. So entstand 1925 der Kindergarten an der Ecke Mülhauserstraße/Lothringerstraße mit zwei Seitenflügeln und einer Wohnung über dem Mitteleingang auf dem damals noch nicht verkauften Viehmarktareal. Der Große Rat billigte den Ausschluß des Referendums. Da nicht weniger als drei Mietverträge aufgehoben werden mußten, wollte er den Neubau nicht gefährden. Die Kosten betragen nur Fr. 90 000.—.

Die Aufstellung von nicht unterkellerten Durisolhütten zum Preise von rund Fr. 80 000.— für eine Einheit ermöglichte eine zweite Zusammenlegung in den Jahren 1950—55. Ein Haus kam an die Neudorfstraße und drei wurden an der Ecke Burgfelderstraße/Straßburgerallee aufgestellt.

V. Die staatlichen Betriebe außerhalb der Stadtmauer

1. Die Gasanstalt (später Gaswerk) 1860—1931

Die Gasanstalt vor dem St. Johannstor, welche ihre Tätigkeit Ende Oktober 1860 aufnahm, war das zweite Gaswerk für die Öffentlichkeit und das dritte in unserer Stadt. Basel bediente sich dieser Energiequelle verhältnismäßig spät, in Europa und Amerika entstanden die ersten Gaswerke zwischen 1810 und 1820. In der Schweiz standen bereits einige Anlagen in

Betrieb, als die Firma Franz Sarasin & Richter-Linder an der Hammerstraße im Dezember 1850, ausschließlich für den eigenen Bedarf, mit ihrer «Usine» das erste Gas erzeugte.

Am 13. November 1851 ratifizierte der Stadtrat den Pachtvertrag mit Herrn Jean Gaspard Dollfuss, Ingenieur von Mülhausen, betreffend die Erstellung und den Betrieb einer Gasanstalt außerhalb der Heuwaage. Die Gasproduktion begann bereits im Herbst 1852. Absatzschwierigkeiten gab es keine, denn neben der sich stets ausdehnenden Straßenbeleuchtung war eine rasch wachsende private Kundschaft zu berücksichtigen. Schon 1856 war die Holzgasanlage den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Da der 1859 erstellte Eisenbahnviadukt eine Erweiterung erschwerte und Klagen über unliebsame Gerüche laut wurden, entschloß sich der Stadtrat 1860 zur Verlegung des Betriebes in eine unbewohnte Gegend und gleichzeitig zur Umstellung auf Steinkohlengas. Als die Erben Rych das gewünschte Land von etwa vier Jucharten zum vorgeschlagenen Preise nicht abtreten wollten, mischte sich auch der Große Rat ein, indem er das Expropriationsrecht gewährte. Das Leitungsnetz der Stadt konnte auch für die neue Gasart verwendet werden, das unumgängliche Auswechseln der Brenner überließ man den Benützern. Mit Ingenieur Dollfuss wurde ein neuer, auf acht Jahre befristeter Pachtvertrag abgeschlossen. Die große Nachfrage erlaubte bald die Vergrößerung des Betriebes und den Bau eines dritten Gasbehälters.

Wohl ermuntert durch die guten Jahresabschlüsse, beschloß die Mehrheit des Stadtrates, den Vertrag mit Ingenieur Dollfuß nicht mehr zu erneuern und das Werk vom 3. Februar 1868 an auf eigene Rechnung zu führen. Bei der Ausbootung des so verdienstvollen Mannes zeigte sich die Stadt Basel von einer weniger günstigen Seite als beim Bau des Bernoullianums. Stadt und Dollfuss verabschiedeten sich voneinander auf dem Gericht; die Zeitung «Basler Nachrichten» hüllte sich in völliges Schweigen.

Damit ist jedoch alles Negative gesagt. Unter den bloß drei Direktoren, die in den kommenden 85 Jahren die Verantwortung trugen, stand die bald als Gaswerk bekannte Anstalt auch auswärts im Rufe eines Musterbetriebes. Wenn das Basler Gaswerk in naher Zukunft die Schweiz bis nach Bern und Neuenburg mit Gas beliefern wird, so spielen natürlich technische und wirtschaftsgeographische Gesichtspunkte eine Rolle. Basel darf aber sicher in der wachsenden Bedeutung seines Gaswerks auch die Anerkennung einer über hundertjährigen einwandfreien Leistung erblicken.

Der erste Direktor, Ingenieur Rudolf Frey, hielt jeden Tag von 11—12 Uhr Sprechstunde im ehemaligen Kaufhaus am Steinenberg, um dem Publikum den weiten Weg in die Gasfabrik, wie die Anstalt auch etwa genannt wurde, zu ersparen. 1871 bewilligte der Stadtrat eine private Telegraphen-

leitung von diesem Büro zum Werk. Beim Abbruch des Kaufhauses zog das Büro dann doch in die Fabrik um, so daß das Zahlen nun mit einem längeren Spaziergang verbunden war; die Sprechstunde blieb noch, wurde aber auf den frühen Morgen verlegt. Nach der Aufhebung der städtischen Behörden teilte man das Gaswerk 1876 dem Sanitätsdepartement zu. Viel Arbeit brachte die von der Eidgenossenschaft auf den 1. Januar 1877 befohlene Umstellung aller Meßgeräte von Kubikfuß auf Kubikmeter. Anfangs 1879 konnte Direktor Frey, der inzwischen auch die Leitung des Wasserwerks übernommen hatte, Büroräumlichkeiten auf dem Areal der alten Gasanstalt an der Binningerstraße beziehen. Im Juli 1882 erhielt die Gasanstalt den gewünschten Eisenbahnanschluß. Die kostspieligen Kohlentransporte mit Pferdefuhrwerken vom Lagerplatz im Bahnhof St. Ludwig, der ja viel günstiger lag als der Centralbahnhof, hörten nun auf und damit auch die zahlreichen Kohlendiebstähle auf dem Umladeplatz. Mehrmals wurden Erneuerungen und Erweiterungen vorgenommen. Erwähnt seien der Bau eines Ammoniakabscheiders 1877 und die Erstellung eines weiteren Retortenhauses 1886, war doch die Gasproduktion von 404 000 m³ im Jahre 1854 auf 790 000 m³ im Jahre 1872 und gar auf 3,15 Millionen m³ im Jahre 1885 angestiegen. 1888 folgte der sechste Gasbehälter. Als Ingenieur Rudolf Frey anfangs April 1889 an einer Lungenentzündung starb, betonte die Presse, er sei dem Staat stets treu geblieben, obwohl er beim Übergang des Gaswerks von der Stadt zum Kanton eine finanzielle Einbuße erlitten habe.

Als Nachfolger wirkte von 1889 bis zu seinem Todestag am 23. November 1922 Ingenieur Dr. h. c. Paul Miescher. Die aufkommende Verwendung des Gases zu Kochzwecken und als Treibstoff für Gasmotoren verhalf dem Gaswerk zu vermehrter Bedeutung. Das verbesserte Auersche Gasglühlicht verlangsamte den Ausbau der elektrischen Beleuchtung bis zum Ersten Weltkrieg. Der erhöhte Kochgasbedarf der Stadt und die 1907 begonnene Belieferung benachbarter Ortschaften ersparten dem Werk empfindliche Rückschläge. Das Elektrizitätswerk war übrigens bis zur Verselbständigung im Jahre 1908 dem Gaswerkdirektor unterstellt. Aus der langen Reihe der Ausbauarbeiten im Gaswerk nennen wir das neue Retortenhaus von 1891 für zwei Ofenbatterien und die Vergrößerung des sechsten Gasbehälters von 12 000 m³ auf 35 000 m³ durch den Einbau eines Teleskopmantels im Jahre 1898; Basel besaß nun den größten Gasometer der Schweiz. Eine maschinelle Transportanlage für glühenden Koks aus dem Jahre 1899 und der Umbau der horizontalen Retortenöfen für maschinellen Betrieb verminderte den Anteil menschlicher Handarbeit wesentlich. Kohlenknappheit zwang im Jahre 1905 zur Einrichtung einer Wassergasanlage, in welcher der Koks zu einer weiteren Gasabgabe benützt werden konnte. Die Gasproduktion war

beständig angestiegen, im Jahre 1905 auf 14,9 Millionen m³, 1909 auf 19,2 Millionen m³ und 1911 auf 20,4 Millionen m³, was den Bau des im Zusammenhang mit Aerialbinnum erwähnten Gasbehälters in den Jahren 1911/12 erforderte; sein Fassungsvermögen beträgt 50 000 m³.

Damit hatte das Werk seine größte Ausdehnung erreicht. Wohl war es Direktor Miescher gelungen, durch mehrere Käufe eine Landreserve zu schaffen und an der Wasserstraße Häuser für Angestellte zu erwerben, aber die das Werkareal in zwei Teile schneidende Fabrikstraße und das den Straßenverkehr hindernde Industriegeleise bewogen die Behörden, 1926 die Verlegung nach Kleinhüningen zu beschließen. Nach dem Bau des Kleinhüninger Rheinhafens war dort auch die Kohlenzufuhr auf dem Wasserweg gesichert; Miescher war ja erster Kunde der 1904 ins Leben gerufenen Rheinschiffahrt gewesen. Der Umzug von St. Johann nach Kleinhüningen oblag dem 1923 berufenen dritten Direktor, Ingenieur Max Thoma. Er durfte während seiner über dreißigjährigen Leitung nochmals eine Verdoppelung der Produktion auf über 40 Millionen m³ erleben. Noch vor dem Umzug, im Jahre 1929, wurde die letzte Straßengaslaterne außer Betrieb gesetzt, die Höchstzahl von 3713 Laternen wies das Jahr 1915 auf.

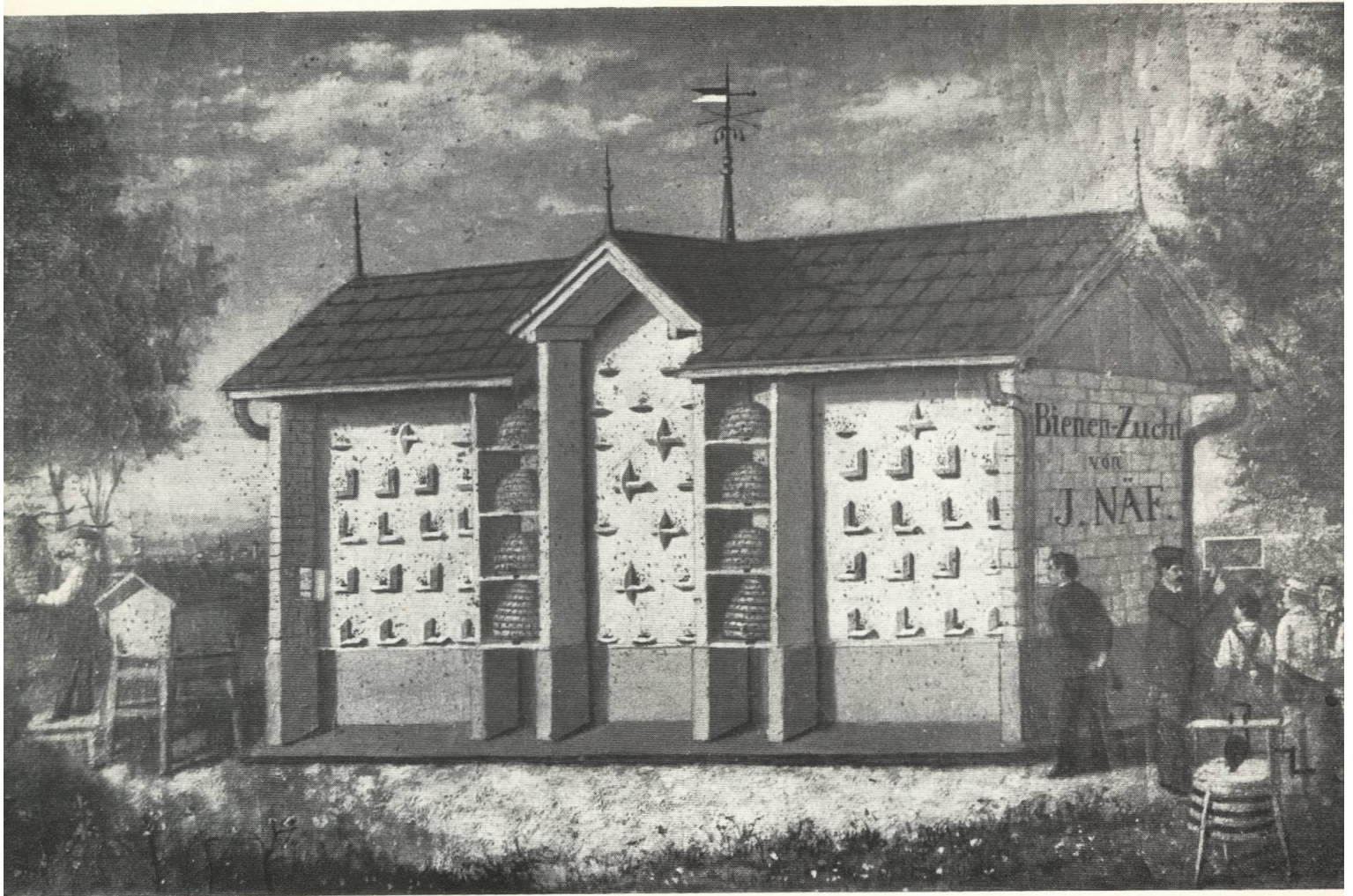
Als das Kleinhüninger Werk im August 1931 den Betrieb aufnahm, blieb die alte Anlage aus Sicherheitsgründen noch einige Wochen betriebsbereit. Der Abbruch der Einrichtungen erstreckte sich über längere Zeit. Im Februar 1934 wurde die Wassergasanlage gesprengt, im April sanken die vier rund vierzig Meter hohen Kamine in Trümmer. An Interessenten für das freigewordene Areal fehlte es selbstverständlich nicht. Ein Stück wurde dem Rheinhafen St. Johann zugeschlagen, die chemischen Fabriken Durand & Huguenin und SANDOZ erwarben günstig gelegene Parzellen. Längs der Voltastraße konnte das Elektrizitätswerk eine Unterstation erstellen. Nur der Spielplatz entstand erst nach längerem Seilziehen. Ein paar Arbeitslose, die ihn 1936 auf eigene Faust mit Pickel und Schaufel hatten schaffen wollen, wurden vom Gericht mit einem Franken gebüßt. In der Referendumsabstimmung vom 8./9. Oktober 1938 entschied sich die Mehrheit der Stimmbürger zugunsten des Projektes; hätte nicht das ganze Quartier fast ausnahmslos «ja» gestimmt, so wäre ein Sieg sehr fraglich gewesen. Der Robinsonspielplatz stammt aus dem Jahre 1957.

2. Die Schlachtanstalt (später Schlachthof) 1870

Im Gegensatz zum Gaswerk besteht die Geschichte des nur im Volksmund als Schlachthaus bekannten Schlachthofes aus zahlreichen Kämpfen, deren



7 Am Klingenberg, 1875



8 Das Bienenhaus, welches der Immengasse zu ihrem Namen verhalf



9 Großbasler Ufer und die soeben vollendete alte Johanniterbrücke



10 Blick auf Basel, von Westen, Mitte 19. Jahrhundert

Heftigkeit das in Basel übliche Maß um etliches übersteigt. Im Mittelpunkt der Angriffe stand stets der Vertreter des Staates, der Schlachthofdirektor. Seine Absetzung wurde mehr als einmal gefordert, er konnte aber vom Regierungsrat jedesmal mit guten und von der Großratsmehrheit anerkannten Gründen rehabilitiert werden. Die Metzger, die noch keine Trennung zwischen Schlachten und Fleischverkauf kannten, waren nach der Aufhebung der Zunft Herrschaft von der Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts aus ihrer angesehenen Stellung gedrängt worden, was Opposition, Haß und Bitterkeit erzeugen mußte. Eine neue Macht bildeten die um die Jahrhundertwende aufkommenden Großschlächtereien, und ein gewichtiges Wort sprachen die Viehhändler. Keine dieser Kampfgruppen war so kräftig, allein etwas Positives durchzusetzen, aber jede war allein mächtig genug, um Schwierigkeiten zu bereiten. Alle neigten dazu, dem Staat das Vertrauen zuletzt zu schenken. Angesichts dieser Lage, die nicht nur für Basel typisch war, entschloß sich die Eidgenossenschaft, ebenfalls mitzureden, was für das Basler Sanitätsdepartement nicht immer eine Hilfe bedeutete, weil es einer Kampfgruppe gelingen konnte, den Bund gegen den Kanton auszuspielen. Eine im Hinblick auf die Bedeutung des Schlächtereigewerbes geradezu erstaunliche Gleichgültigkeit der Bevölkerung und der politischen Parteien erschwerte das Vorgehen der durch gesetzliche Bestimmungen gebundenen Behörden wesentlich.

Zum Bau eines einwandfreien Schlachthauses mahnten nicht bloß die Choleraepidemie von 1855 mit 200 Toten und die Typhusepidemie von 1865 mit 400 Toten. Die Zeitungen wiesen in jenen Jahren öfters auf den unerträglichen sommerlichen Gestank der Schlachthallen oder Scholen in der Innerstadt hin. Eine befand sich im Kleinbasel, die beiden andern an der Weißen Gasse und an der heute verschwundenen Sporengasse, der Verbindungsstraße zwischen Rathaus und Eisengasse. Die Schol an der Sporengasse stand zwischen der Straße und dem Birsig, auf einem Eckstück des heutigen Marktplatzes.

Ein Vorschlag des Stadtrates aus dem Jahre 1855, die Scholen in die St. Johanschanze zu verlegen, scheiterte am Widerspruch des Militärkollegiums, worauf wieder einige Jahre Ruhe herrschte. Nach einer neuen Überprüfung der Standortfrage entschloß sich die Stadt dann 1863 trotz Beschwerden des Nachbarn, des uns bekannten Appellationsrates His, zum Kauf des Ehrsamschen Landgütleins an der Elsässerstraße, auf dessen Areal die ersten Schlachthanstaltgebäude sechs Jahre später erstellt werden konnten. Der Kauf fand damals die kantonale Genehmigung, der Große Rat beschloß aber angesichts der Opposition der Metzger, mit der Ratifikation des Kaufvertrages noch zuzuwarten.

Die Presse stützte die Behörden. Im Juli 1864 fragten die «Basler Nachrichten», wie lange Basel den Fremden seine römische Herkunft noch mit den stinkenden Scholen beweisen wolle. Im ersten Quartal 1865 nahm dieses Blatt die Diskussion erneut auf, sie endete aber mit einer Eingabe der Metzgermeister an die Regierung gegen die Errichtung einer neuen Schlachthanstalt, die sie als «dieses ihre Rechte bedrohendes Ansinnen» bezeichneten.

Aus dem amtlichen Aktenmaterial geht hervor, daß die Behörden mit dem Bau einer Schlachthanstalt die seit alten Zeiten vorgeschriebene Fleischkontrolle endlich wieder wirksam ausüben wollten. Die eigentlichen Schlachträume der Scholen waren, was die Metzger natürlich stets betonten, weder unhygienisch noch zu klein, aber nur, weil sie eben sehr oft gar nicht benützt wurden. Kälber und Schweine schlachtete man im Hause des Tierbesitzers, vielfach wurden dabei auch die primitivsten Sauberkeitsregeln in gröbster Weise mißachtet. Der in der Presse gerügte Gestank der Scholen rührte von den in der Nähe der Schlachträume liegengelassenen Abfällen her. Diese mußten gemäß den Vorschriften des 1864 angenommenen neuen Sanitätsgesetzes so rasch als möglich verschwinden.

Als die Mehrheit der Räte einsah, daß das Problem mit einer besseren Abfallbeseitigung nicht zu lösen sei, sondern genügend Schlachtraum geschaffen werden müsse, um den Metzgern Privatschlachtungen weitgehend untersagen zu können, war die Vorlage gerettet. Am 3. Februar 1868 genehmigte der Große Rat den Vertrag mit der Stadtgemeinde und damit auch deren Projekt. Am Ende dieses Monats begannen die Bauarbeiten. Die Stadt blieb bis zur Auflösung der Gemeindebehörden Eigentümerin der Anstalt, der Kanton übernahm von Anfang an den Betrieb. Zur Finanzierung wurde 1869 eine Anleihe ausgegeben; die Kosten beliefen sich auf rund Fr. 450 000.—. Die Betriebsaufnahme fand am 10. Januar 1870 statt. Um die Privatsphäre der Metzger möglichst zu wahren, hatte man auf den Bau einer der besonders in Deutschland üblichen großen Schlachthallen verzichtet und zwei Gebäude mit je zehn der in Frankreich bekannten sogenannten Schlachtzellen errichtet. Dazu kamen ein Schweineschlachthaus, eine Kuttlerei, Stallungen und das Wohnhaus des Direktors mit Büroräumlichkeiten.

Hatten die Gegner des Schlachthauses vorher alles unternommen, um die Bausumme möglichst tief zu halten, so kehrten sie schon während der Bauzeit den Stiel um und beklagten sich in mehreren Eingaben über mangelhafte Ausrüstung und Raumnot. Schon am 11. Mai 1870 schrieb Ratsherr Klein an Bürgermeister und Rat: «Nicht ohne ernstes Bedenken treten wir (das Sanitätscollegium) nach kaum mehr als viermonatlichem Betrieb der neuen Schlachthanstalt vor Hochdieselben, um Änderungen und Erweiterungen in derselben zu beantragen und zur Ausführung derselben einen neuen

Kredit zu verlangen.» Im Gegensatz zu diesen Wünschen fand eine Petition der Kleinbasler Metzger, ebenfalls vom Mai 1870, die den Bau einer Viehfähre auf Schlachthaushöhe forderte, keine Gnade. 1874 wurde ein Impflokal für Kinder eingebaut, das übrigens bis nach dem Ersten Weltkrieg im Betrieb war. Der Grund war der, daß das Basler Schlachthaus bis zur Eröffnung des Schweizerischen Serum Institutes in Bern Pockenserum herstellte. 1877 bewilligte der Große Rat ein drittes Schlachtgebäude mit zehn Zellen. Ende 1880 kaufte die Regierung von den Erben des Hisschen Gutes eine kleine Landreserve von dreißig Aren.

Nach einem über zehnjährigen Seilziehen zwischen den Beteiligten konnte der Regierungsrat im März 1883 den Großen Rat zur Errichtung eines Schlachtviehmarktes bewegen. Die Behörden hofften vor allem auf eine wirksamere Gesundheitskontrolle, gedachten aber auch jene Kreise zu unterstützen, die nach der Eröffnung der Gotthardbahn Basel zu einer bedeutenden Stellung im internationalen Viehhandel verhelfen wollten. Viele erwarteten ferner eine Preissenkung beim Inlandvieh, das nun nicht mehr auf allen Märkten zusammengesucht werden müsse. Ein Entscheid kam deshalb zustande, weil es dem Sanitätsdepartement geglückt war, die große Liegenschaft der in Konkurs geratenen Zimmerei Wilhelm Hübscher (Sohn) an der zweiten Gant so billig zu erstehen, daß der Viehmarkt samt allen Um- und Neubauten bloß Fr. 88 000.— kostete. Das Geländeviereck wurde von der Elsässer-, Mülhauser-, Lothringer- und später noch von der Jungstraße umschlossen. Bereits 1884, im Eröffnungsjahr, versetzte der Große Rat der neuen Einrichtung jedoch selbst den Todesstoß. Nach eifriger Diskussion über eine Eingabe der Wirte beschloß er nämlich im Juni, die Bestimmung zu streichen, welche den Gasthofbesitzern in Zukunft verboten hätte, sogenannte Gastställe zu führen. So blieb denn fast alles beim alten. Das Vieh wanderte weiterhin durch Basels Straßen, vom Bahnhof zum Gasthaus und von dort zum Schlachthof. Der Automobiltransport kam erst 1934 zustande. Der bald etwas bescheidener als Viehhof bezeichnete Schlachtviehmarkt war, da er keinen Geleiseanschluß erhielt und jenseits der Elsässerstraße lag, ein unbequemer, wenn auch zeitweise nützlicher Nebenbetrieb. 1928 verkaufte ihn der Staat an Erbauer von Wohnhäusern.

Der Schlachthof selbst war bald nach der Eröffnung des Viehhofs zu klein. Ein Erweiterungsprojekt des Regierungsrates wurde 1894 vom Großen Rat mit dem Auftrag zurückgewiesen, eine großzügigere Lösung zu suchen. Ein Großratsbeschluß vom Mai 1898 billigte die Vergrößerung am alten Ort und den nötigen Landankauf. Die Befürworter einer Verlegung ins Kleinbasel ergriffen aber das Referendum. Das Abstimmungsresultat vom 28. August bewies, daß es sich um einen aussichtslosen Kampf der mit

Riehen verbundenen minderen Stadt gegen Großbasel gehandelt hatte; mit 4490 gegen 2550 Stimmen behielten die Behörden die Oberhand. Gregor Stächelin trat nun gegen eine Entschädigung von fast einer halben Million Franken 13 298 m² des von ihm erworbenen Hisschen Landgutes ab; die bereits angefangene Metzgergasse wurde, wie schon erwähnt, aufgehoben. Das im Februar 1900 vom Großen Rat genehmigte Bauprogramm im Betrage von 1,6 Millionen Franken stieß ausnahmsweise auf keine Opposition, doch konnte es wegen Kreditüberschreitungen dann nicht ganz ausgeführt werden. Die Bauzeit dauerte bis ins Jahr 1907. Zuerst wurden Schweinestallungen, Wohnungen für Knechte, der Geleiseanschluß und ein großes Kühlhaus erstellt. Eine Großviehhalle entlastete die immer noch mit Kerzen beleuchteten Schlachtzellen, die von dem Augenblick an zu beständigen Klagen Anlaß gegeben hatten, als die Zahl der Metzger den Zellenbestand überstieg. Die Abdachungsziegel der Umfassungsmauer wurden durch Unbekannte sofort böswillig zerstört, worauf man sie durch Deckplatten aus Granit ersetzte. Bald nach der Beendigung der Bauarbeiten beklagten sich die Schlachthofinstanzen über die unglückliche Plazierung der neuen Bauten.

Ende April 1909 übergab der erste Schlachthofdirektor, Dr. h. c. Benjamin Siegmund, der in Fachkreisen bekannte Erfinder einer brauchbaren Schußmaske, die Leitung an Dr. J. Unger, der wiederum über dreißig Jahre lang, bis 1942, mit stoischer Ruhe die Stürme an sich herankommen ließ. Seine Aufzeichnungen im Basler Jahrbuch von 1949 sind sehr lesenswert. Er führte bald ein Alkoholverbot für das Personal ein, um den zahlreichen Schlägereien ein Ende zu bereiten, und gab dafür gratis Tee ab. Er verbot die Annahme von Geschenken und Trinkgeldern und sorgte für eine bessere Entlohnung. Die Jagd auf Ratten mit dem Flobertgewehr ersetzte er durch eine modernere Methode. Da das in seinem Antrittsjahr in Kraft getretene eidgenössische Lebensmittelgesetz zudem die obligatorische Fleischkontrolle vorschrieb und er obendrein noch die Freibank einführte, war er sofort der bestgehaßte Mann in Basel. Eingaben der Metzger, der Viehhändler, der Firmen Bell AG und ACV forderten vom Regierungsrat 1911 ein erstesmal die Absetzung. Eine Untersuchungskommission erklärte diese Petitionen als gegenstandslos.

Da die Metzger dringend eine nochmalige Vergrößerung der Anlagen wünschten, ließen die Behörden 1913 von Schlachthofdirektor Heiss in Straubing ein Erweiterungsgutachten anfertigen. Die Großmetzgereien meinten dazu, der gegenwärtige Schlachthof genüge auf Jahre hinaus, der Staat müsse bloß die Nachtarbeit einführen; im stillen hofften sie auf die Erlaubnis, ein Privatschlachthaus führen zu dürfen. Nach einem kriegsbedingten kurzen Rückgang wollten auch die Kleinmetzger nichts mehr von

einer Erweiterung wissen. Sie wünschten laut der Metzgerzeitung vom April 1915 nur noch die Einsetzung einer speziellen Kommission, «damit einmal das autokratische Regimentlein, unter welchem die Metzger vielfach zu leiden haben, von einer höhern Warte herab die nötigen Direktiven erhalte». Im gleichen Jahr eröffnete der Schlachthof trotz Eingaben im brachliegenden Viehhof eine Schweinemästerei. Diese zählte 1918 351 Tiere, was die Abgabe von verbilligtem Fleisch in einem bedeutenden Umfange erlaubte; 1920 wurde sie aufgehoben.

Im Juni 1924 bewilligte der Große Rat den Kredit zur Erstellung einer Tötehalle für bösesartiges Großvieh aus Übersee. Diese Schutzmaßnahme kam unverantwortlich spät, denn die Schweiz bezog die ungezähmten Rassen, die wegen ihrer Wildheit nicht mit dem Sicherheitsschußapparat getötet werden konnten, bereits seit dem Jahre 1910. Um die Basler Mißstände nicht zu sehr zu unterstreichen und doch auf die lebensgefährliche Arbeit des Personals hinzuweisen, sprach der Ratschlag nur von den Verhältnissen in St. Gallen deutlicher. Dort pflegte ein guter Schütze mit dem Ordnonanzgewehr auf die in die leere Schlachthalle stürmenden Tiere zu warten. In Basel erschoss man sie mit Pistolen, zuerst auf der Ausladerampe, seit 1911 am Ende eines Treibganges, dessen 5 cm dicke Eisenröhren von den Tieren zum Teil verbogen wurden. In jenem Jahre konnte ein Ochse ins Elsaß entfliehen und sich über ein Vierteljahr frei umhertreiben, bis ihn eine Kugel traf. Ein Versuch, die Tiere mit Lassos zu bändigen, scheiterte am ungleichen Kräfteverhältnis.

Gegen Ende des Jahres 1925 begann, eingeleitet von einem Wortstreit in der Presse, der Kampf um ein Privatschlachthaus der Firma Bell AG. Als der Große Rat im Februar 1926 sein Einverständnis erklärte, ergriffen die Metzger das Referendum. In der Zwischenzeit hatte ein Großrat in einer Interpellation das zweite Begehren auf Absetzung des Direktors gestellt, allerdings nicht in diesem Zusammenhang, sondern wegen des Selbstmordes eines Angestellten in der Wasenmeisterei. Die Firma Bell konnte mit dem Abstimmungsresultat vom 27. Juni 1926 zufrieden sein, mit 14 318 Ja gegen 7353 Nein billigten die Basler ihren Wunsch. Die Metzgermeister gelangten darauf sofort gleichzeitig an den Bundesrat und an das Bundesgericht, welches den Entscheid der Exekutive anheimstellte. Die Metzgermeister sollten Recht bekommen. Am 24. April 1931 nahm der Regierungsrat Kenntnis vom Bundesratsbeschluß, der den Artikel 19 des baselstädtischen Sanitätsgesetzes und damit auch die Abstimmung als bundesrechtswidrig erklärte. Die Firma Bell bemerkte dazu nur, daß es in andern Kantonen Privatschlachthäuser gebe und sie einen Umzug ins Auge fasse, falls ihr das Schlachthaus nicht mehr genüge. Die Tagespresse hüllte sich nun, wohl

etwas enttäuscht über das geringe Gewicht einer kantonalen Abstimmung, ein Jahrzehnt lang in Schweigen und überließ den Kampf den Interessenten. Die 1920 eingesetzte Schlachthofkommission hatte die von der Regierung erhoffte Einigkeit nicht gebracht.

Sobald die kantonalen Instanzen das bundesrätliche Veto zu ahnen begannen, ließen sie durch den Stuttgarter Architekten und Ingenieur J. Hennings ein Erweiterungsgutachten bestellen, um ja etwas für die enttäuschten Großschlächtereien bereitzuhalten. Der Ende 1929 erschienene Bericht behandelte eine Vergrößerung am alten Ort, einen Neubau bei der Firma Bell AG und einen Neubau im Wasenboden. Dem letzten Platz stimmte der Regierungsrat 1932 grundsätzlich zu, ein Projekt des Basler Architekten Willi Kehlstadt stand im Herbst 1934 zur Verfügung. Inzwischen hatte der Regierungsrat in der Rolle des Angeklagten vor Bundesgericht noch einen Strauß mit Herrn Hennings auszufechten, da er sich geweigert hatte, dessen unverschämte Honorarforderung von Fr. 89 000.— anzuerkennen, und eine Summe von Fr. 20 000.— für durchaus angemessen hielt. Der beauftragte Bundesrichter setzte denn auch den Preis in der Nähe des baslerischen Vorschlages fest. Dann kamen neue Sorgen. 1934 schlossen sich die vor kurzem noch miteinander verstrittenen Metzgermeister und Großschlächtereien zusammen, um eine gemeinsame Petition gegen das über zehn Millionen Franken kostende Kehlstadtprojekt einzureichen. Umbauten im Betrage von einer Million entsprachen nun plötzlich allen Wünschen. Aber das eidgenössische Veterinäramt verweigerte aus tierseuchenpolizeilichen Gründen 1936 die Genehmigung derartiger Pläne. Am 1. September 1938 bewilligte schließlich der Große Rat den Kredit von 7,8 Millionen Franken für ein reduziertes Kehlstadtprojekt, das auch eine Wasenmeisterei vorsah. Die Bauarbeiten im Wasenboden begannen sofort, mußten jedoch in den Jahren 1942—48 wegen des Krieges unterbrochen werden.

Kurz vor seinem Rücktritt mußte Direktor Dr. Unger nochmals eine Angriffswelle über sich ergehen lassen. Diesmal kam sie aus Viehhändlerkreisen, die sich wegen der angeblich übertriebenen Fleischkontrolle ausgerechnet im Kriegsjahr 1941 weigerten, Vieh nach Basel zu liefern. Der 1942 dem Großen Rat übergebene, über fünfzig Seiten starke Untersuchungsbericht stellte allerdings keine Mängel im Schlachthaus fest, hingegen tadelnswerte «Handelsusanzen» anderer Kreise.

1952 standen im Wasenboden das Kühlhaus, die Stallungen, das Maschinenhaus und die Wasenmeisterei. Nun entschloß man sich, den Rest zuerst den neuesten Erkenntnissen anzupassen; es dauerte aber zwölf Jahre, bis jene Einigkeit zustandekam, die es der Regierung erlaubte, an den Großen Rat zu gelangen. Für die Einzelheiten der neuen Anlage muß hier auf den

hundertseitigen und mit Plänen versehenen Ratschlag Nr. 6132 verwiesen werden. Er wurde im Dezember 1964 dem Großen Rat ausgehändigt und nach Kommissionsberatung am 17. Februar 1966 genehmigt. Die Bau-
summe beläuft sich auf 31,9 Millionen Franken, der Baubeschluß darf im
Jahre 1967 und die Eröffnung frühestens 1970 erwartet werden. Es sei noch
erwähnt, daß die 1960 erfolgte Abtretung des unbenützten Kühlhauses an
die Firma Frigo St. Johann zu vom Bundesgericht gutgeheißenen Klagen
führte, so daß ein neuer Vertrag abgeschlossen werden mußte. Als Schlach-
thofdirektor amtierte von 1942—60 Dr. Fritz Thommen, seither liegt die Lei-
tung in den Händen von Dr. Ernst Gygax. Über die Verwendung des bis-
herigen Schlachthofareals sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden; an
Wünschen fehlt es nicht.

Die ersten hundert Jahre des Basler Schlachthofes haben die Geschichte
Basels wohl belebt, aber nicht bereichert.

3. Die Irrenanstalt (später Heil- und Pflegeanstalt Friedmatt) 1886

Bereits 1861 forderte der damalige Irrenarzt, Prof. Dr. Friedrich Brenner,
in einem Bericht über das soeben vergangene Jahrzehnt der ihm anver-
trauten Irrenabteilung im Bürgerspital aus Platzgründen den Bau einer be-
sonderen Anstalt außerhalb der Stadtmauern. Die menschenwürdige Be-
handlung der Geisteskranken war übrigens Brenners persönliches Verdienst
gewesen. Beeindruckt von den Ausführungen des Irrenarztes, reichte Groß-
rat Dr. med. Daniel Ecklin im Dezember 1865 einen Anzug betreffend Bil-
dung einer Irrenkommission ein. Da das Pflegeamt des Bürgerspitals die
Notwendigkeit eines Neubaus verneinte, legten die Behörden dieses Trak-
tandum jedoch beiseite. Nach der Diskussion über einen neuen Anzug Ecklin
im März 1869 lehnte der Rat die Dringlichkeit der Irrenfrage ab. 1872
wiederholte Prof. Brenner seine Forderung in einem weiteren Zehnjahres-
bericht; er wies unter anderem darauf hin, daß die Zahl der Patienten im
gleichen Maße ansteige wie die der Bevölkerung. Er starb im November
1874, ohne ein Echo auf seine Ausführungen vernommen zu haben.

Für den Nachfolger, Dr. Ludwig Wille, verwandelte der Große Rat das
Extraordinariat in eine ordentliche Professur, weiter geschah nichts. Da
setzte die Gemeinnützige Gesellschaft 1878 eine Kommission zum Schutze
Geisteskranker ein. Diese veranlaßte um Weihnachten 1880 in den «Basler
Nachrichten» einen ausführlichen Leitartikel zugunsten einer neuen Anstalt.
Die 1842 dem Bürgerspital angegliederte Irrenabteilung mit vierzig Betten

konnte damals nicht einmal die Hälfte aller Patienten aufnehmen. Als im Herbst 1881 Frau Margaretha Merian-Burckhardt, die Witwe von Christoph Merian, aus ihrem Privatvermögen und nicht etwa aus der Stiftung, den Betrag von Fr. 400 000.— zur Verfügung stellte, waren die Behörden bereit, das ihre ebenfalls beizutragen. Nach der Abklärung des Standortes und einer Inspektionsreise der Baukommission durch die Schweiz und Deutschland entschied man sich für das Pavillonsystem. Man wollte, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Spende, etwas Mustergültiges erstellen und wagte den damals hohen Betrag von 1,5 Millionen Franken. Der Staat übernahm den Betrieb gegen eine Landabtretung von 26 Jucharten und eine einmalige Entschädigung von Fr. 300 000.— durch das Bürgerspital. So hatte die Staatskasse nur für etwas mehr als die Hälfte der Baukosten aufzukommen. Die Vorlage wurde am 24. April 1883 ohne Gegenstimme angenommen, die ersten Bauarbeiten begannen sogleich. Bereits im Mai bat das amerikanische Konsulat in Basel um Pläne.

Den siebenhundert Arbeitern stand eine große Kantine zur Verfügung, die wohl Bier und Wein, aber keinen Schnaps ausschenken durfte. Die Polizei richtete dort einen Tag und Nacht besetzten Wachtposten ein, um Materialdiebstähle zu verhindern. Am 18. Oktober 1884 fand das Aufrichtefest statt; nach der Feier auf dem Bauplatz zog die ganze Belegschaft mit Musikbegleitung zum Festmahl in die Burgvogtei, wo neben anderen Rednern die drei verantwortlichen Architekten, Gustav Kelterborn, Paul Reber und Kantonsbaumeister Heinrich Reese, sowie der zukünftige Direktor, Prof. Wille, das Wort ergriffen. Ende 1885 löste sich die Kommission der Gemeinnützigen Gesellschaft auf, dafür wurde der «Hülfsverein für Geisteskranke in Basel» unter dem Vorsitz Direktor Willes ins Leben gerufen. Im Januar 1886 genehmigte der Große Rat das Organisationsgesetz für die Anstalt. Leider durfte die großzügige Spenderin die Eröffnung nicht mehr erleben, sie starb anfangs Mai 1886. Vom 14. bis 19. Oktober dieses Jahres pilgerte dann wirklich ganz Basel zur Milchsuppe hinaus, um die neue Anstalt zu bewundern; die Pferdetramgesellschaft richtete vom Spalentor aus sogar einen Spezialdienst ein. Am 29. Oktober zogen die 119 Patienten ein, sie wurden mit Pferdeomnibussen und nötigenfalls in Droschken transportiert.

Die Anstalt war symmetrisch angelegt worden. Männer- und Weiberseite erhielten je fünf Pavillons mit einem Aufenthaltsraum im Erdgeschoß und Schlafräumen im ersten Stock, insgesamt standen 214 Betten zur Verfügung. Dazu kamen mehrere Betriebs- und Verwaltungsgebäude sowie die Wohnung des Direktors. Erwähnenswert ist noch, daß die Männerseite gedeckte Kegelbahnen und die Weiberseite Spielplätze mit Schaukeln erhielt. Die

Zwangsjacke gab es nicht mehr, unruhige Patienten kamen in einen speziell abgesicherten Pavillon. Sämtliche Pavillons besaßen ein Rollbahngleise zur Küche. Gegen entsprechende Bezahlung konnte ein sogenanntes Pensionärzimmer bezogen werden. Von Anfang an sollte eine Gemüsegärtnerei zur Kostensenkung beitragen, und bald wurde die Schweinezucht eingeführt. Etliche Betriebsjahre wiesen übrigens auch beachtliche Überschüsse auf. Zu reden gab hingegen die massive Baukostenüberschreitung von Fr. 400 000.—, doch hatte der Große Rat die Sonderwünsche stets gutgeheißen. Nach einer Pause bewilligte er 1895 den Bau eines Hörsaals; bis jetzt hatten die Vorlesungen nämlich in einem Schlafraum abgehalten werden müssen. In den folgenden zwei Jahren ließ er den Betrieb durch eine Kommission überprüfen. Grund dazu gab eine Broschüre mit zahlreichen Anklagen; sie stammte vom Orchesterdiener Zacharias Nigg, der interniert worden war, nachdem er den berühmten Musikdirektor Alfred Volkland nachts auf der Straße geschlagen hatte. Es traten jedoch keine wesentlichen Mängel zutage. Zum Vorwurf, das Anstaltspersonal sei oft zu grob, bemerkte der Direktor, es ständen in der Schweiz eben keine disziplinierten ausgedienten Soldaten zur Verfügung. Ein neues Pamphlet verschaffte Nigg 1901 die Bekanntschaft mit dem Strafgericht. Nachdem dieses zu einem Freispruch wegen Unzurechnungsfähigkeit gekommen war, hörte Niggs Wühlarbeit interessanterweise auf. 1909 hingegen reichte er dem Großen Rat die letzte Petition ein, in der er eine finanzielle Entschädigung für die Freiheitsberaubung im Jahre 1893 forderte.

Am 26. Oktober 1899 schlug der Regierungsrat dem Großen Rate den neuen Namen «Heil- und Pflegeanstalt» vor; nach längerer Diskussion erhielt er den Auftrag, noch einen passenden Eigennamen dazu zu suchen. Er entschied sich am 1. November für die «Friedmatt»; zur im Großen Rat angeregten «Grünau» hatte er sich nicht entschließen können.

Im zwanzigsten Jahrhundert entstanden vor allem die Erweiterungsbauten. 1904 mußten Wärterwohnungen erstellt werden. 1910 folgte ein weiterer Frauenpavillon, 1916 ein Landankauf und 1917 die Bewilligung zum Bau eines Männerpavillons. 1922 schwoll das Aktenbündel mächtig an, weil eine Telephonfirma eine unbrauchbare Zentrale geliefert hatte. Dies war der Anfang einer betrieblichen Neugestaltung, für die der Große Rat bis zum Zweiten Weltkrieg fast jedes Jahr einen kleineren Kredit bewilligte; als Wichtigstes seien die neue Heizung und die neue Küche genannt. Im Sommer 1924 endete ein Personalkonflikt mit der kollektiven Kündigung aller Wärter und Wärterinnen, der Rückzug konnte auf dem Verhandlungswege erreicht werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Patientenzahl von 360 im Jahre

1930 auf über 500 angestiegen, die Zahl der Krankenplätze jedoch inzwischen nur um sechzehn erhöht worden. Die überfüllten Schlafsäle erschwerten den Betrieb in unvorstellbarer Weise. Der Große Rat bewilligte deshalb im September 1949 2,8 Millionen Franken für die Erweiterung der Frauenabteilung und im Oktober 1951 eine weitere halbe Million für Renovationen. 1960 zählte man aber bereits 1397 Patienten. Diese Entwicklung zwang den Staat zu Ausgaben mit siebenstelligen Ziffern. Im November 1962 stellte der Große Rat 13,7 Millionen Franken für den Bau einer psychosomatischen Station zur Verfügung und im November 1965 weitere 24,7 Millionen für Betriebsgebäude. Die Bauarbeiten sind zur Zeit der Drucklegung noch im Gange.

Als Direktoren und gleichzeitig ordentliche Professoren für Psychiatrie wurden gewählt die Herren Dr. Ludwig Wille (1886), Dr. Gustav Wolff (1904), Dr. Ernst Rüdin (1925), Dr. John Staehelin (1929) und Dr. Paul Kielholz (1961).

4. Die Kraftstation und die übrigen Anlagen des Elektrizitätswerkes 1899

Da das Elektrizitätswesen in den ersten Jahren der Direktion des Gaswerks unterstellt war, schien es zweckmässig, das thermische Kraftwerk gerade neben das Gaswerk zu stellen. Dieses erhielt zum Landerwerb auf der andern Seite der damals noch nicht ausgebauten Voltastraße das Expropriationsrecht. Daß die ersten Generatoren mit Gasmotoren angetrieben wurden, sprach ebenfalls für eine derartige Lösung. Basel hatte das Problem Elektrizität wie seinerzeit die Gasfrage langsam an sich herankommen lassen, dann aber, ermutigt durch eine zahlreiche Kundschaft, großzügige Lösungen getroffen. Die erste öffentliche elektrische Beleuchtung wurde im Winter 1888/89 mit Hilfe eines Lokomobils im Musiksaal eingerichtet. Die Operationssäle der Spitäler und die Universitätsbibliothek bezogen den Strom aus der Gewerbeschule am Petersgraben. Die 1895 eröffnete Straßenbahn hatte ein Werk am Dolderweg erstellt, das aber bald nicht mehr genügte.

Am 4. April 1897 beschloß der Große Rat, ein Rheinkraftwerk zu errichten und, da ein solches in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen sei, sofort das später als Reservestation zu benützende Wärmekraftwerk zu erstellen. Die Pläne und die Kostensumme von 2,5 Millionen Franken wurden am 7. Juli 1898 vom Großen Rat einstimmig und diskussionslos genehmigt, ganz einfach, weil außer Gasdirektor Miescher und Großrat Prof. E. Hagenbach-Bischoff sich niemand öffentlich zu diesem Problem äußern wollte.

Neben Siemens & Halske kam auch die schon international bekannte Firma Alioth in Münchenstein (später Brown Boveri) zum Zuge. Das vorbildlich in Kabeln angelegte Leitungsnetz beanspruchte 1,32 Millionen Franken, die Kraftstation an der Voltastraße benötigte Fr. 750 000.— und die Unterstation am Steinenbachgäßlein Fr. 400 000.—. Gemäß den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft lieferte das Kraftwerk Drehstrom für Motoren und relativ hohen Gleichstrom von 220 Volt für das Licht. Die Umstellung auf den kostensenkenden Wechselstrom zu Beleuchtungszwecken dauerte von 1911 bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Für gewisse Kunden, besonders für die Straßenbahnen, mußte die Gleichstromerzeugung noch beibehalten werden. Die Kraftstation nahm den Betrieb mit drei Gasmotoren am 4. November 1899 auf, und das war gut so, denn das Flußkraftwerk Augst wurde erst 1912 eröffnet.

Schon im Jahre 1901 mußte der vierte Gasmotor bewilligt werden und 1903 die erste Dampfmaschine, welche mit einer Spitzenleistung von 1400 PS mehr als dreimal so stark war wie ein Gasmotor; sie bedingte den Bau einer Rheinwasserpumpstation. 1905 wurde die Kraftstation im Hinblick auf die Erstellung der Voltastraße eingezäunt. Obschon nun die Flußkraftwerke Rheinfelden und später auch Wangen an der Aare Energie zu liefern begannen, entschlossen sich die Behörden im Jahre 1908 zu einer großzügigen Erweiterung mit einer Dampfturbine von 3000 PS, weil es auf diese Weise möglich war, neue Kunden zu bedienen, die sonst auf die Eröffnung des Kraftwerkes Augst hätten warten müssen. Da die als Reserve gedachte Wärmestromerzeugung ihren Zweck nicht erfüllen konnte, solange sie zur Kundenbedienung herangezogen wurde, folgte 1911 eine zweite Dampfturbine zu 3000 PS. Eine außergewöhnliche Bewährungsprobe bestand die Kraftstation im Winter 1911/12, als Rheinfelden gekündigt hatte, Wangen abgebrannt, Augst noch im Bau und sie somit die einzige Energiequelle war.

Obwohl die Vorsteher des Sanitätsdepartementes seit dem Ersten Weltkrieg in vorbildlicher Weise für elektrische Energie aus verschiedenen Gegenden der Schweiz gesorgt haben, ist die Kraftstation an der Voltastraße stets gepflegt und auch benützt worden. Anfangs 1924 kam eine weitere, schon 1916 bewilligte Turbinenanlage in Betrieb. Im Februar 1940 beschloß der Große Rat, sie neben der Kehrrechtverbrennungsanstalt zur Dampferzeugung für die Fernheizung heranzuziehen, wozu sie besonders geeignet war, da für die Heizung sowohl Elektrizität als auch Kohle benützt werden konnte. Die zuverlässige Bedienung der rasch wachsenden Kundschaft erforderte verschiedene Erweiterungen, zum Beispiel die Anschaffung von Hochdruckdampfkesseln bis zu 60 Atmosphären und die zusätzliche Verwendung von Öl als Brennstoff. 1961 stammten 35,4 % der Wärmemenge

aus der Kehrichtverbrennung, 6,5 % wurden elektrisch und 58,1 % mit Kohle oder Öl in der Kraftstation, nun Dampfzentrale geheizt, erzeugt. Von 1966 an stand ein neues Materiallager zur Verfügung, das wohl nicht gerade zur Freude der Anwohner quer über das rheinseitige Ende der Wasserstraße erstellt werden mußte.

Anfangs Juli 1931 beschloß der Große Rat den Bau einer Unterstation auf dem ehemaligen Gaswerkareal längs der Voltastraße, also gerade gegenüber der Kraftstation. Sie entlastete mit zwei Transformatorgruppen das bisher einzige Unterwerk «Birsbrücke». Die Aufgabe dieser Werke, die später noch vermehrt wurden, ist die Transformierung des aus der Schweiz stammenden Stromes von 45 000 Volt Spannung auf 6000 Volt zur Weiterleitung ins städtische Verteilungsnetz. Für die Zuleitung wurde ein Hochspannungskabel vom Endpunkt der Freileitung der ersten Transformatorstation Brislach zur Voltastraße gelegt. Zudem übernahm die Unterstation den Strom der Kraftstation; die Hochspannungsleitung über den Rhein zur Versorgung Kleinbasels verschwand nach der Legung eines Kabels unter der Fahrbahn der Dreirosenbrücke. 1934 stand die Anlage, die 4,8 Millionen Franken gekostet hatte, ganz im Betrieb. 1941 kam die dritte und 1943 die vierte Transformatorgruppe dazu. Unmittelbar nach Kriegsschluß begann die Legung eines Hochspannungskabels nach Bottmingen, und 1950 wurde die fünfte Transformatorgruppe eingebaut.

Schließlich bewilligte der Große Rat dem Elektrizitätswerk im Sommer 1944 den Kauf einer ausgedehnten, im Besitz der Schweizerischen Bundesbahnen befindlichen Landparzelle zwischen dem Bahnhof St. Johann und der heutigen Flughafenstraße. Einen Teil dieses Geländes trat es zum Bau der drei Hochhäuser ab, auf dem Rest erstellte es einen Materiallagerplatz.

5. Wasenmeisterei 1901, Kehrichtverbrennung 1943, Fernheizung 1943

Über die planlose Ausstreuung von Kadavern und andern Abfällen bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts sind wir bereits orientiert. Etwas bessere Ordnung brachte 1855 die Verlegung der Wasenmeisterei von der Kohlenberggasse, wo Platz für das Leonhardsschulhaus geschaffen werden mußte, an die damals unbewohnte Hegenheimerstraße (später Nr. 139). Sobald der Bau von Wohnhäusern in der näheren Umgebung einsetzte, gab die offene Anlage jedoch zu Klagen Anlaß. Die Abwässer verschmutzten zudem das Grundwasser, welches ja noch etliche Sodbrunnen speiste. Die Abfälle wurden nicht vernichtet, nur wenigstens nicht mehr wahllos liegen gelassen.

Es war deshalb nicht ein Zeichen des Fortschrittes, sondern bloß ein Nach-

holen von Versäumtem, als der Große Rat im November 1899 die Liegenschaft der in Konkurs geratenen Haut- und Fellhandlung Bloch & Cie zu kaufen beschloß, um darin eine zeitgemäße Wasenmeisterei mit einem Verbrennungsofen einrichten zu lassen. Das Gebäude, Fabrikstraße 11, stand am Rheinufer, ein fünf Meter breiter Zufahrtsweg führte im rechten Winkel zur eigentlichen Straße. Am 12. Dezember 1900 wurde der Ofen erstmals in Betrieb gesetzt, das günstige Ergebnis gestattete die Eröffnung auf den Jahresanfang 1901. Sofort schlossen Allschwil und Birsfelden einen Mitbenützungsvertrag mit Basel ab. Die Verbrennungsrückstände konnte man leicht an Fett-, Seifen- und Kerzenfabrikanten verkaufen; es meldeten sich sogar Abnehmer aus Berlin und Leipzig. 1911 mußte eine zweite Verbrennungsanlage angeschafft werden, sie enthielt einen sogenannten Koryofen, der keine Rückstände hinterließ. 1924 herrschte ein derartiger Hochbetrieb, daß das Vergraben kurze Zeit unumgänglich war; dies bewog den Großen Rat im Herbst, die Öfen ersetzen zu lassen. Klagen gab es wenige, bemerkenswert ist eine 1911 an die Behörden gerichtete und von etwa fünfzig SANDOZ-Arbeitern unterzeichnete Beschwerde wegen unerträglichen Gestanks. Wilde Gerüchte über schlechte Behandlung der zur Tötung abgelieferten Hunde wurden in einem Zeitungsartikel des Tierfreundes Josef Frei Ende Juni 1925 widerlegt. Der Verfasser bemängelte bloß, daß große Hunde wegen der zu kleinen Gaskammer erschossen werden müßten.

Im Herbst 1938 beschloß der Große Rat bekanntlich gleichzeitig mit dem Schlachthofbau die Verlegung der Wasenmeisterei in den Wasenboden, da rund 80 % der zu vernichtenden Abfälle vom Schlachthaus stammten. Zudem stand die alte Anlage auf einem sehr begehrten Landstück und war leicht an die benachbarten Firmen zu verkaufen. Im Gegensatz zum Schlachthof konnte der neue Bau schon 1943 vollendet werden.

Mit dem Bau der Wasenmeisterei war aber für die Beseitigung des übrigen Abfalls nicht gesorgt worden. Im Oktober 1904 ermächtigte der Regierungsrat das Baudepartement, Pläne für eine Kehrrechtverbrennungsanlage vorzulegen. Eine Studienkommission sah sich nach einem Besuch in Zürich zuerst in Deutschland um und überzeugte sich im November 1906 in Köln selbst, wie vierzig Tonnen dorthin transportierten Basler Kehrrechts in Asche zerfielen. Auch die englischen Städte Leeds, Bradford und Manchester, wo die Wärme bereits für Maschinen oder zur Heizung eines Schwimmbads ausgenützt wurde, erhielten Besuch aus Basel. Der Große Rat lehnte es im Dezember 1910 jedoch ab, sich für Abfälle in Unkosten zu stürzen. Allerdings gab es damals noch zahlreiche Abnehmer. Bauern aus dem Leimental oder der elsässischen und badischen Nachbarschaft holten den Kehrrecht gerne ab und verarbeiteten ihn in Gruben oder auf den Feldern zu Dünger.

Für derartige Transporte stand im Ersten Weltkrieg sogar die elsässische Grenze offen; im Mai 1917 wurde einem Burgfelder Bauern der Kehrriechwagen entzogen, weil er mit Ausfuhrverbot belegte Waren ins Elsaß geschmuggelt hatte. Die betreffenden Behörden sahen diese überall zerstreuten und gar nicht geruchsarmen Basler Grüße aber nicht gerne. Der Lörracher Amtsbezirk verfügte bereits 1911 ein Einfuhrverbot, die basellandschaftliche Polizeidirektion beschwerte sich anfangs 1913. Ein neues Projekt des Baudepartementes aus dem Jahre 1915, das die Erzeugung von Elektrizität durch Kehrriechverbrennung vorsah, stieß wiederum auf kein Verständnis.

Als nach dem Kriege eine Gemeinde nach der andern die Kehrriechablageung zu verbieten begann, entschloß sich der Große Rat Ende November 1931 zum Kauf eines Landstücks im Wasenboden für den seiner Ansicht nach noch immer aufschiebbaren Bau einer Verbrennungsanstalt. Im gleichen Jahr wurde die Einführung der Ochsnerkübel beschlossen und eine Anzahl Wagen mit den entsprechenden staubdichten Verschlüssen versehen. Minderbemittelte erhielten die Kübel billiger. Im Sommer 1934 nahmen die ersten zwei Kehrriechautomobile den täglichen Dienst auf. Sie ersetzten sechzehn der siebenzig «Glögglwagen» mit Pferdezug. Die 1854 eingeführte Glocke an den Kehrriechwagen hatte jahrzehntelang die Hausfrauen an Sauberkeit und Ordnung gemahnt, nicht aber die Behörden. 1936 betrug die tägliche Abfuhr 95 Tonnen, die immer noch in Gruben deponiert werden mußten. Die verbliebenen Wagen des Pferdebetriebes erwiesen sich übrigens im Zweiten Weltkrieg als äußerst nützlich. 1946 wurden sie endgültig von zwölf Automobilen abgelöst; 1963 standen bereits dreißig Kurse im Betrieb.

Großratsbeschlüsse in den Jahren 1940 und 1941 ermöglichten schließlich den Bau der Kehrriechverbrennungsanstalt und die Einführung der Fernheizung, die uns bereits aus dem Kapitel über das Elektrizitätswerk her bekannt ist. Bewußt verzichtete man auf eine Sortierung des Materials durch menschliche Arbeitskräfte. Der 67 m hohe Kamin erhielt zum Schutze der Umgebung einen Reinigungsapparat und wurde später auf 82 m erhöht. Bereits im November 1943 nahm das Werk den Betrieb auf, und zwar wegen der Kriegszeit in aller Stille. Die Presse berichtete nur über eine Rohbaubesichtigung durch den Regierungsrat im Mai 1943, sie selbst wurde dann erst im Mai 1944 eingeladen. Die eine Wärmeleitung versorgte die Wasenmeisterei, das Vakzineinstitut und die Friedmatt, die andere das Bürger- und das Frauenspital, die Stadtgärtnerei, das Brausebad St. Johann, die beiden Schulhäuser und die benachbarten Universitätsanstalten, die Strafanstalt sowie gewerbliche Betriebe und Wohnhäuser. 1949, 1951 und 1961 wurde das Leitungsnetz erweitert.

Um die Anlage möglichst ausnützen zu können, nahm man nun gerne

auch Kehricht aus der Umgebung an. 1960 schickten zwanzig Gemeinden zwischen Gelterkinden und Basel Abfälle, die Transporte gingen nun also in umgekehrter Richtung. St. Louis und Burgfelden können sich beteiligen, weil sie die Ablagerung von Schlacken gestatten. Die Kehrichtmenge stieg von 15 000 Tonnen im Kriegsjahr 1944 auf 66 000 Tonnen im Jahre 1962 an, wobei der Anteil Basels 44 000 Tonnen betrug. Die zwei abwechslungsweise im Betrieb stehenden Öfen für eine Tagesmenge von 200 Tonnen waren nun überlastet. Im März 1965 bewilligte der Große Rat den Kredit im Betrage von rund 47 Millionen Franken für eine größere Anlage am gleichen Ort. Die Bauarbeiten sind gegenwärtig im Gange. Fachleute prüften in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob die Wärme nicht besser zur Stromerzeugung verwendet werden sollte. Dies schien ihnen aber unrentabel, unter anderem weil es im Wasenboden am nötigen Kühlwasser fehlt. Auf die Fernheizung wollte zudem schon deshalb niemand verzichten, weil sie wesentlich zur Sauberkeit der Stadt beiträgt.

6. Die übrigen Betriebe

Obschon die am 6. Juni 1887 eröffnete *Rheinbadanstalt zu St. Johann* innerhalb der Stadtmauer erstellt worden ist, darf sie in einem Überblick über das Äußere Quartier nicht fehlen. Die zwei bereits bestehenden öffentlichen Teichanstalten vor dem St. Albantor und bei der Schorenbrücke lagen ungünstig und waren viel zu klein, was die Gemeinnützige Gesellschaft 1884 veranlaßte, eine Kommission zu bilden und bei der Regierung ein Gesuch zur Errichtung einer Badanstalt bei der Johanniterbrücke einzureichen. Der Gedanke stammte vom konservativen Quartierverein St. Johann, welcher sich aus finanziellen Erwägungen jedoch bald zurückzog. Der Große Rat wies das Projekt zuerst mit dem Auftrag zurück, Pläne für eine Anstalt bei der Universität auszuarbeiten. Für den neuen Ratschlag fand sich aber ebenfalls keine Mehrheit, da eine dritte Gruppe noch weiter rheinaufwärts baden wollte. Regierungsrat Falkner glückte es dann, den Rat Ende November 1885 zur Annahme des ursprünglichen Projektes unterhalb der Johanniterbrücke zu bewegen. Die Geduld der Bevölkerung wurde 1886 noch einmal auf die Probe gestellt, weil es der Baufirma nur gelang, das Aufrichtebäumchen zu befestigen, nicht aber die Arbeiten rechtzeitig zu beendigen.

Die Rheinbadanstalt zu St. Johann ist also die erste große staatliche Badanstalt und war als «echtes Volksbad» von Anfang an gratis. Nur besonderer Komfort mußte bezahlt werden. Jahrzehntelang war sie nun an jedem schönen Sommertag zum Bersten voll und wies bis nach dem Ersten Welt-

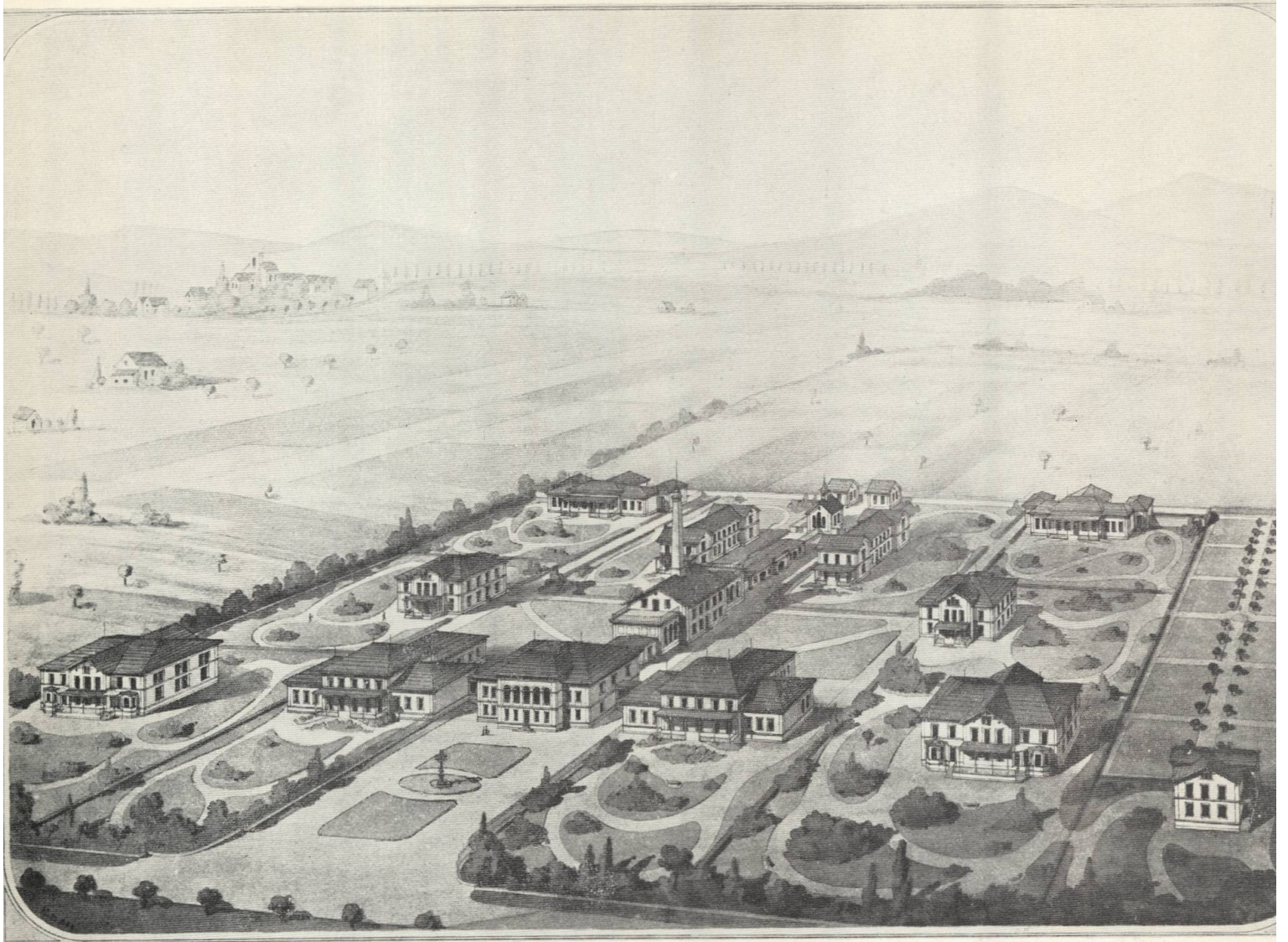
krieg die höchste Besucherzahl der inzwischen vermehrten Badebetriebe auf. Aber leider zeigten sich von Anfang an schwerwiegende Mängel. Bis zum Kembserstau war der Rheinwasserstand oft so tief, daß der verstellbare Holzboden nichts half und auch das Ausbaggern herzlich wenig nützte. Die nach dem Ersten Weltkrieg montierten Einrichtungen außerhalb der Anstalt erschwerten die Kontrolle. Seit der Eröffnung gab es Klagen wegen des verschmutzten Wassers. Noch 1925 bewilligte der Regierungsrat ein feinsmaschiges Sieb, um wenigstens den guten Willen der Behörden zu demonstrieren; die neue Einrichtung zerkleinerte nämlich den Unrat oft bloß in mehrere Teile. Eine leichte Besserung trat mit der Kanalisierung des Blumenrains im Jahre 1926 ein. Mit der Eröffnung des Gartenbades Eglisee fiel die Besucherzahl begreiflicherweise. Der Wunsch des Quartiers, selbst eine moderne Anlage zu besitzen, blieb bis heute unerfüllt. 1945 gestattete das Sanitätsdepartement wenigstens den Familienbadbetrieb. An Projekten fehlte es zwar nicht. Sowohl das Areal der Stadtgärtnerei als auch das des Schlachthofes und des aufgehobenen Kannenfeldgottesackers standen zur Diskussion. Schließlich öffnete 1962 das wenigstens in der Nähe gelegene Gartenbad Bachgraben seine Tore.

Das staatliche *Brausebad St. Johann* wurde in den Jahren 1905/06 als drittes Brausebad der Stadt gebaut. Einem Entschädigungsgesuch der privaten Badeanstalt in der ehemaligen Bierbrauerei à Wengen entsprach der Regierungsrat nicht. Die «National-Zeitung» lud irrtümlicherweise das Publikum vor der Eröffnung am 18. Oktober 1906 zu einer Besichtigung ein und lockte damit eine zahlreiche Menge zu einem vergeblichen Gang. Die Behörden verzichteten übrigens nur aus Platzgründen auf einen derartigen Anlaß. Das Brausebad enthält im Erdgeschoß die Männerabteilung, im ersten Stock die Frauenbäder und im Dachgeschoß die Abwartwohnung; das wohl wegen der Nachbarschaft des Stadttors entstandene Türmchen beherbergt das Wasserreservoir. Das Brausebad bot nicht nur Gelegenheit, ein Bad zu nehmen oder sich zu duschen, es offerierte auch Solbäder und Kneippkuren. Viele Jahre war es auch am Sonntagvormittag offen und abends stets bis 21.00 Uhr.

Unmittelbar neben dem Brausebad befindet sich ein Gärtnereibetrieb der *Stadtgärtnerei*. Das Amt des Stadtgärtners geht auf einen Großratsbeschuß vom 5. November 1860 zurück. Zuerst zogen die Behörden aus Deutschland stammende, mit der Herrschaftsgärtnerei vertraute Spezialisten vor. Nach den Stadtgärtnern Schuster (1860), Lorch (1863) und Weckerle (1870) schienen ihnen dann auch Schweizer der Aufgabe gewachsen. Es folgten Johann Niklaus Scholer (1883), Eduard Schill (1903), Hermann Harder (1933) und Richard Arioli (1939). Der für Basel von Anfang an so segens-



11 Der 1965/66 abgebrochene Teil der Universitätsbibliothek



12 Ansichtsplan der Irrenanstalt

reiche Betrieb eröffnete alsbald im Stadtgraben an der Rheinschanze und im Gebiet der späteren Schulhäuser eine Baumschule. Als 1887 der Graben eingedeckt und der unterste Teil des St. Johannis-Rings gebaut wurde, teilte man dem Stadtgärtner das heutige Areal auf dem früheren Spitalgottesacker zu. 1890 erhielt die Gärtnerei einen Arbeitsschopf und 1897 ein großes Gewächshaus, später wurde sie immer wieder modernisiert. Schon seit Jahren genügt der Platz nicht mehr für sämtliche Aufgaben.

Als letzter kantonaler Betrieb unseres Quartiers ist das *Laboratorium des Kantonschemikers* an der Ecke St. Johannis-Ring/Kannenfeldstraße zu erwähnen. Der wegen Platzmangels im Stachelschützenhaus notwendig gewordene Neubau wurde im November 1913 vom Großen Rat gutgeheißen und kam auf ein einst im Besitz der Elsässerbahn gewesenes unbebautes Grundstück zu stehen. Das Erdgeschoß erhielt Räume für einen Polizeiposten und ein Postamt, die Ende 1915 bezogen werden konnten; das Laboratorium nahm seine Tätigkeit in den beiden oberen Stockwerken ein Vierteljahr später auf. Vielen Leuten ist nicht bekannt, daß es auch Lebensmittelproben für den Kanton Basel-Land durchführt und Aufträge weiterer Kantone annimmt. Das Gebäude kostete seinerzeit Fr. 415 000.—, die im Sommer 1961 vom Regierungsrat vorgeschlagene Erweiterung rund Fr. 590 000.—.

Am Schluß dieses Kapitels sei noch bemerkt, daß das von der Bürgergemeinde verwaltete Bürgerspital sich in den letzten Jahren bis in unser Gebiet verzweigt hat. Vor allem ist die *Milchsuppe* zu nennen, die Landfläche zwischen der Friedmatt und der Landesgrenze. Dort begann 1936 eine kleine Arbeitsgruppe, die durch Zuzug von Emigranten bald auf über hundert Personen anstieg, das Spital mit Gemüse zu versorgen und eine Schweinezucht aufzubauen. In den Jahren 1940—49 wurden zwei Millionen Kilogramm Gemüse und 3400 Schweine abgeliefert. Anschließend übernahm die Milchsuppe die Aufgabe, behinderte Menschen zu betreuen. Als der Staat nicht in der Lage war, die mehrere Millionen Franken kostenden Projekte zu finanzieren, gelang es, auf privatem Wege erstaunliche Beiträge zu erhalten. Die offizielle Bezeichnung der Milchsuppe lautet jetzt «Sozialmedizinische Abteilung des Bürgerspitals». Der Ausbau ist noch nicht vollendet. An der Flughafenstraßenseite des Areals nahm am 16. November 1966 die *Zentralwäscherei AG* den Betrieb auf. Sie reinigt nun sämtliche Basler Spitalwäsche. Die schmutzige Ware wird ins oberste Stockwerk befördert, wo der Arbeitsprozeß beginnt. Die meisten Aktien sind in öffentlichem Besitz. Das Projekt sah einen Kostenaufwand von rund zwanzig Millionen Franken vor; die Überschreitung dieses Betrages um vierzehn Millionen dürfte im Großen Rat noch zu reden geben. Die Garagen für den

Krankentransportdienst an der Hebelstraße 51/53 konnten am 16. Oktober 1959 bezogen werden, vorher befanden sie sich ebenfalls an der Hebelstraße, aber jenseits der von uns gezogenen Quartiergrenze. Das Gebäude enthält Garagen für zwölf Automobile sowie Dienstwohnungen und Zimmer für Spitalpflegepersonal.

VI. Kirchen und Gottesäcker

1. Evangelisch-reformierte Kirche

Bis zum 1. Juni 1960 gehörte St. Johann innerhalb und außerhalb der einstigen Stadtmauer zur Kirchgemeinde St. Peter, wie das schon vor der Reformation der Fall gewesen war. Im achtzehnten Jahrhundert zählte sie nach dem Bau der stattlichen Häuser in der «Neuen Vorstadt», der inneren Hebelstraße, zu den sogenannten vornehmen Kirchgemeinden. Die Ausdehnung der Stadt brachte dann eine im Grunde genommen wohlabgewogene Zusammensetzung aus allen Bevölkerungskreisen. Die Zuzüger füllten die Kirche rasch; am 17. und 19. April 1865 entrüsteten sich die «Basler Nachrichten» über das unwürdige Stürmen und Rennen nach einem Sitzplatz.

Einer so großen Stadtgemeinde blieb selbstverständlich nach 1870 die Teilung in eine konservative und eine freisinnige Gruppe nicht erspart. Mit der Wahl von Pfarrer Paul Böhringer, dem späteren Theologieprofessor, im Herbst 1878 erhielt Basel den neben Pfarrer Alfred Altherr an der Leonhardskirche wohl bedeutendsten Vertreter der neuen, freisinnigen Richtung. Sein Name darf in der Quartiergeschichte schon deshalb nicht fehlen, weil er mit unzähligen Vorträgen und durch die Vermittlung ausgezeichnete Referenten der Gemeinde etwas in der Art der späteren Volkshochschulkurse zu bieten vermochte. Die Tagespresse vermittelt uns ein aufschlußreiches Bild dieser Tätigkeit, die er innerhalb des von ihm gegründeten Vereins «Peter und Paul» leistete. 1886 waren alle Synodalvertreter der Petersgemeinde, darunter Regierungsrat Falkner und Großrat Oberst Samuel Bachofen, Anhänger der freisinnigen Gruppe. 1897 erlaubte die Regierung die Schaffung einer vierten Pfarrstelle, da die Gemeinde nun 10 000 Seelen zählte und zudem das Frauenspital zu betreuen war. Regierungsrat Brenner sprach den Wunsch aus, man möge jeder Richtung zwei Pfarrer zukommen lassen, womit die Freisinnigen sich offiziell einverstanden erklärten und was die Wählerschaft ganz knapp auch guthieß. Mit der Wahl von Pfarrer Adolf Preiswerk erhielten die Konservativen ebenfalls eine sehr markante